

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (21. Ausschuss)

- a) zu dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung – Drucksache 13/9446 –**

Technikfolgenabschätzung

hier: „Entwicklung und Folgen des Tourismus“

- b) zu dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung – Drucksache 14/1100 –**

Technikfolgenabschätzung

hier: „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ Bericht zum Abschluss der Phase II

A. Problem

Der Tourismus gehört weltweit zu einer der dynamischsten Wachstumsbranchen überhaupt, deren künftige Entwicklung große Chancen, aber auch Risiken beinhaltet. Trotz der großen Bedeutung des Tourismus gibt es Lücken in der Tourismusforschung, die aktuelle Themen und innovative Ansätze wie in anderen Forschungsbereichen noch nicht im hinreichenden Maße aufgreift.

zu a)

Der im Deutschen Bundestag für Technikfolgenabschätzung zuständige Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hatte deshalb auf Initiative des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus im Oktober 1996 das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) mit der Durchführung eines TA-Projektes „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ beauftragt. In der ersten Phase des Pro-

jekt wurde eine Bestandsaufnahme der Forschung und des Wissens zu den wesentlichen Dimensionen des Tourismus erarbeitet, die sich auf den Tourismus der Deutschen und den Tourismus in Deutschland konzentriert.

Schwerpunkte des Berichtes sind

- das Reiseverhalten der Deutschen in Deutschland
- Tourismus als Wirtschaftsfaktor
- Umweltfolgen des Tourismus
- Technik und Tourismus
- Motive, Einstellungen und Werte
- Tourismuspolitik.

zu b)

Für die zweite Phase des Berichts wurde gegenüber dem ersten Bericht die Untersuchungsperspektive erweitert und das Thema in einem umfassenderen Zusammenhang bearbeitet. Mit der Themenstellung „Tourismus im Zeitalter der Globalisierung“ sollten die Ursachen und die Folgen der Globalisierung für den Tourismus untersucht werden, sofern diese Entwicklung Chancen und Potentiale eröffnet und andererseits bereits bestehende strukturelle Probleme des Tourismusstandorts Deutschland möglicherweise verstärkt. Damit sollte dem Zusammenhang des Tourismus mit den weltweiten Wandlungsprozessen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Rechnung getragen werden.

Der Bericht geht aber auch auf die Stellung Deutschlands in einem globalisierten Markt ein: Die durch den Globalisierungsprozess veranlassten Strukturbrüche und gewandelten Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an die touristischen Unternehmen, Organisationen und Destinationen in Deutschland. Komplexe Erwartungen und gestiegene Ansprüche der Touristen an Information, Qualität, Service, Infrastruktur, Erlebniswelt, Komfort, Sicherheit und Kontaktmöglichkeiten erfordern individuelle und zielgruppenspezifische Angebote und damit kontinuierliche Verbesserungen und Anpassungen der Angebotspalette im Dienstleistungsbereich Tourismus.

B. Lösung

Der Ausschuss für Tourismus hat die TAB-Berichte „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ auf den Drucksachen 13/9446 und 14/1100 zur Kenntnis genommen sowie die Annahme eines von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschließungsantrages empfohlen.

Einstimmige Kenntnisnahme der beiden Berichte auf Drucksachen 13/9446 und 14/1100. Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme eines von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegten Entschließungsantrages, der mit den Stimmen der Ausschussmehrheit abgelehnt wurde.

D. Kosten

Die möglichen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt sowie etwaige Kosten für die Wirtschaft wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Berichte auf Drucksachen 13/9446 und 14/1100

folgende Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Reisebranche ist heute einer der am schnellsten expandierenden Wirtschaftszweige weltweit. Der Tourismus steht daher weltweit vor neuen Herausforderungen. Der Ausbau neuer Destinationen und Nachfragemärkte, verschärfte Konkurrenz und die Gefahr von Umweltschäden stellen den Tourismus vor neue Aufgaben.

Ein intakter Naturhaushalt bildet eine der zentralen Grundlagen des Tourismus. Intakte Landschaften zusammen mit kultureller und biologischer Vielfalt sind unersetzliche Ressourcen für touristische Aktivitäten. Schutz und Pflege von Natur und Landschaft bedeutet zugleich Erhalt der wichtigsten touristischen Angebotspotentiale. Wer dagegen der Natur und der Umwelt schadet, schädigt den Tourismus und entzieht ihm seine Lebensgrundlagen. Ziel muss daher der Erhalt der noch intakten natürlichen, baulichen und sozialen Umwelt sein.

Rund ein Drittel der Deviseneinnahmen durch Ferntourismus entfallen im Durchschnitt auf die etwa 120 Entwicklungsländer. Damit ist die Chance verbunden, durch den Tourismus die Situation der bereisten Länder nachhaltig zu verbessern. Ziel muss es sein, den größeren Teil der Tourismuseinnahmen im bereisten Land zu halten.

Bei den touristischen Projekten in Entwicklungsländern besteht die Gefahr, dass die lokale Bevölkerung unzureichend Anteil an den durch die Investitionen erreichten Standards hat. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, dass Kinderarbeit, Sextourismus, Ausschluss Einheimischer von der Nutzung touristischer Leistungen, von der Infrastruktur wie Wasserversorgung und Hygieneeinrichtungen sowie von touristisch genutzten Flächen nicht die Folge der touristischen Entwicklung werden.

Durch die Veränderungen der demografischen und sozio-strukturellen Faktoren verändert sich auch die Struktur der touristischen Nachfrage in den fortgeschrittenen Industrieländern.

Die vermehrte Anwendung und Miteinbeziehung von Informations- und Kommunikationstechnologien wird entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Tourismuswirtschaft haben.

Wir begrüßen es, dass der Bericht hinsichtlich der Ausführungen zu einer Agenda für eine zukünftige deutsche internationale Tourismuspolitik Überlegungen alternativer Tourismusverbände einbezieht und Aussagen auch zur Problematik der ethischen und kulturellen Nachhaltigkeit (Global Code of Ethics for Tourism) enthält.

Damit der Tourismus seiner Vorreiterrolle gerecht wird, bedarf es einer am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichteten nationalen und internationalen Tourismuspolitik. Die Bundesregierung hat hierzu in der 14. Legislaturperiode wesentliche Schritte unternommen und zahlreiche der im vorliegenden Bericht enthaltenen Empfehlungen bereits umgesetzt.

Dazu gehören vor allem:

- die Einführung einer einheitlichen Umweltdachmarke für den Deutschlandtourismus „Viabono“ im Konsens mit den Tourismus-, Umwelt- und Verbraucherverbänden, mit der erstmals Kriterien in Bezug auf sparsamen Ressourcenverbrauch, Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft, Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung und Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur nachhaltigen Mobilität Anwendung finden;
- die Förderung von Modellprojekten in den Regionen mit dem Ziel, durch die Entwicklung nachhaltiger Tourismuskonzepte eine insgesamt nachhaltige Entwicklung vor allem auch in strukturschwachen Räumen voran zu bringen;
- die Ausrufung des Jahres 2001 zum Jahr des Tourismus in Deutschland;
- die Unterstützung des Sekretariats zur Konvention über die biologische Vielfalt bei der Entwicklung international gültiger Richtlinien für einen nachhaltigen Tourismus in sensiblen Gebieten; hier geht es auch um die Etablierung von Kooperations- und Partizipationsmechanismen und -strukturen zur gleichberechtigten Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Planungs-, Umsetzungs-, Beobachtungs- und Bewertungsprozessen von Tourismuspolitik, Programmen und Projekten;
- die Analyse und Bewertung der für den Tourismus relevanten Förderprogramme unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages für einen nachhaltigen Tourismus;
- die aktive Mitwirkung bei der Verabschiedung eines maßnahmenorientierten Arbeitsprogramms „Nachhaltiger Tourismus“ der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) im April 1999.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Tourismusförderungsprogramm und fordert die Bundesregierung auf:

1. ihre Politik der Stärkung des Deutschlandtourismus fortzusetzen und einen nachhaltigen Tourismus zu gestalten und zu sichern; damit setzt sie ein Gegengewicht zum Trend der verstärkten Auslands- und hier vor allem Fernreisen;
2. sich angesichts der Globalisierung der Tourismuswirtschaft auch weiterhin an der Gestaltung einer internationalen Tourismuspolitik zu beteiligen, die einerseits den kulturellen Austausch entwickelt und unser Bewusstsein für die Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen in der Welt schärft und die andererseits wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Verträglichkeitskriterien für die Expansion des Tourismus entwickelt;
3. mit der Tourismuswirtschaft verbindliche Maßnahmen zu erarbeiten, die einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung des deutschen Ziels leisten können, die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken;
4. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der nachhaltige Tourismus im Tourismuspolitischen Bericht ein Schwerpunkt wird. Der Bericht sollte, auf den Zielen eines nationalen Nachhaltigkeitskonzeptes aufbauend, ökologische Problemlagen sowie soziale, wirtschaftliche und demografische Entwicklungen systematisch darstellen und darüber hinaus zur Verbesserung von Information und Kommunikation im Forschungsbereich und der Bündelung der Forschungsergebnisse beitragen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Beratung fördern;
5. in der Europäischen Union auf eine verbesserte Koordination innerhalb der bestehenden Kompetenzen hinarbeiten;

6. Kinderarbeit, Kindesmissbrauch und Sextourismus auch weiterhin entschlossen zu bekämpfen, Rechtshilfeabkommen zu schließen und zu prüfen, ob das Netz der BKA-Verbindungsbeamten bei den deutschen Auslandsvertretungen ausgeweitet werden kann.

Berlin, den 27. Juni 2001

Der Ausschuss für Tourismus

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Birgit Roth (Speyer)
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Birgit Roth (Speyer)

I. Überweisung

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung, Technikfolgenabschätzung, hier: „Entwicklung und Folgen des Tourismus“, auf Drucksache 13/9446 wurde bereits in der 13. Wahlperiode ausführlich im Plenum und in mehreren Ausschüssen des Deutschen Bundestages behandelt. Die Beratung wurde im Juli 1998 mit einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus zunächst abgeschlossen (Drucksache 13/11254). Zu einer abschließenden Beratung im Plenum des 13. Deutschen Bundestages kam es aber nicht mehr.

Der 14. Deutsche Bundestag hat den TAB-Bericht auf Drucksache 13/9446 in seiner 16. Sitzung am 21. Januar 1999 (erneute Überweisung von Vorlagen aus früheren Wahlperioden) dem Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat den Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gemäß § 56a der Geschäftsordnung, Technikfolgenabschätzung, hier: „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ Bericht zum Abschluss der Phase II, auf Drucksache 14/1100, in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 1999 dem Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) zu Drucksache 13/9446

Die Obleute der im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** vertretenen Fraktionen haben beschlossen, die Vorlage nicht erneut zu beraten, sondern das Votum der 13. Wahlperiode zu bestätigen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hatte die Vorlage in seiner 83. Sitzung am 29. April 1998 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung vom 3. März 1999 einvernehmlich beschlossen, an seinem in der 13. Wahlperiode (72. Sitzung am 22. April 1998) abgegebenen Votum „einvernehmliche Kenntnisnahme“ festzuhalten.

b) zu Drucksache 14/1100

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 58. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 35. Sitzung am 12. April 2000 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner Sitzung vom

10. November 1999 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den TAB-Bericht auf Drucksache 13/9446 in seiner 3. Sitzung am 12. Dezember 1998 beraten. Beide TAB-Berichte (Drucksachen 13/9446 und 14/1100) wurden in der 27. Sitzung am 19. Januar 2000 und – abschließend – in der 64. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten. Dabei wurde einstimmig beschlossen, dem Plenum die Kenntnisnahme der beiden Vorlagen Bundestagsdrucksachen 13/9446 und 14/1100 zu empfehlen.

Die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion der CDU/CSU brachten bei der abschließenden Beratung am 27. Juni 2001 einen Entschließungsantrag ein. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde dem Plenum mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS zur Annahme empfohlen. Da dieser Antrag Eingang in die Beschlussempfehlung gefunden hat, wurde an dieser Stelle auf einen Abdruck verzichtet.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU hatte nachfolgenden Wortlaut:

Der Tourismus ist weltweit einer der führenden Wirtschaftszweige mit hohen Wachstumsraten. Auch in Deutschland hat die Branche eine große gesamtwirtschaftliche und erhebliche arbeitsmarktpolitische Bedeutung, insbesondere für die neuen Bundesländer. Die fortschreitende Globalisierung stellt den Tourismusstandort Deutschland vor neue Herausforderungen. Der Konkurrenzdruck nimmt zu: ständig werden neue Reiseziele erschlossen und vermarktet, das weltweite Angebot an Gästebetten steigt rasant, und die Konzentrationstendenzen bei touristischen Leistungsträgern verstärken sich.

Dem Reiseziel Europa wird nur eine unterdurchschnittliche Zuwachsrate und ein sinkender Anteil am Weltmarkt prognostiziert. Innerhalb Europas soll sich das Wachstum auf den Mittelmeerraum und Osteuropa konzentrieren. Deutschland wird dagegen weiter Marktanteile im internationalen Tourismus verlieren. Trotz der großen Attraktivität deutscher Städte und Ferienregionen hat der Incoming-Tourismus für Deutschland mit etwas über einem Zehntel aller Übernachtungsgäste eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

Die touristische Nachfrage in Deutschland selbst orientiert sich immer stärker auf Auslandsreisen. So wird unsere Bevölkerung in diesem Jahr voraussichtlich erstmals mehr als 100 Mrd. DM für Auslandsreisen ausgeben, d. h. das Dreifache der Einnahmen von Gästen aus dem Ausland. Diese Schere geht seit Jahren immer weiter auseinander. Bei den Gästekünften ist das Ungleichgewicht noch größer: pro Jahr reisen fast sechsmal mehr Deutsche ins Ausland als umgekehrt Besucher aus dem Ausland nach Deutschland kommen.

Um die Chancen des expandierenden internationalen Reiseverkehrs und der Globalisierung zur Schaffung von Arbeits-

plätzen in Deutschland zu nutzen, müssen die Rahmenbedingungen für die mittelständisch geprägte deutsche Tourismuswirtschaft verbessert werden. Dazu zählt insbesondere eine intensivere Vermarktung des Tourismusstandortes Deutschland im In- und Ausland durch die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT), die Rücknahme der Ökosteuer und der 630 DM-Neuregelung, mehr Deregulierung zur Stärkung der unternehmerischen Freiheit und ein Abbau der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union.

Auch immer mehr Entwicklungsländer setzen ihre Hoffnung auf den Tourismus. Unbestritten schafft er hier in erheblichem Umfang Arbeitsplätze und Deviseneinnahmen, insbesondere im Gastgewerbe und anderen Dienstleistungsbereichen, in der Konsumgüterproduktion, im Bauwesen, in der Landwirtschaft und im Handwerk. Risiken für die einheimische Bevölkerung birgt vor allem der ungeplante Massentourismus. Zu den Folgen können u. a. die Auflösung traditioneller Familienstrukturen und Wertesysteme gehören. Besonders erschreckende Beispiele stellen Sextourismus und Kinderprostitution dar. Risiken liegen darüber hinaus im Umweltbereich, insbesondere im hohen Wasserverbrauch touristischer Anlagen und in einer unzureichenden Abwasser- und Abfallentsorgung. Gerade empfindliche Ökosysteme wie Lagunen, Korallenriffe oder Hochgebirgslandschaften sind besonders bedroht. Ein vernünftig geplanter Tourismus kann aber auch traditionelle, naturverträgliche Wirtschaftsformen unterstützen sowie der Erhaltung der oft reichen Naturpotentiale der Entwicklungsländer dienen. Voraussetzung dafür ist die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, die auch an den Einnahmen angemessen beteiligt werden muss.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Chancen des Tourismus für den deutschen Arbeitsmarkt mehr als bisher im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes zu erkennen und zu fördern, insbesondere auch in der Wirtschafts-, Steuer- und Verkehrspolitik;
- stärker als bisher auf eine öffentliche Diskussion über die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tourismus im Rahmen des „Jahr des Tourismus in Deutschland 2001“ hinzuwirken;
- frühzeitig auf das „Internationale Jahr des Ökotourismus 2002“ hinzuweisen und dabei vor allem die Chancen deutscher Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate zur Attraktivitätssteigerung des Reiselandes Deutschland sowie für ein besseres Naturverständnis der Bevölkerung hervorzuheben;
- eine effizientere Vermarktung des Tourismusstandortes Deutschland im In- und Ausland durch eine deutlich höhere Bundeszuwendung an die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) zu ermöglichen;
- auf einen Abbau der Überorganisation von Verbänden und Gremien der Tourismuswirtschaft hinzuwirken, insbesondere auf Bundesebene;
- die Zusammenarbeit der Bundesressorts im Tourismus sowie mit den zuständigen Ressorts der Bundesländer zu intensivieren;
- innerhalb der Europäischen Union stärker als bisher darauf hinzuwirken, dass im Vorfeld tourismuspolitisch

relevanter Entscheidungen eine frühzeitige Konsultation mit den zuständigen Fachausschüssen des Bundestages stattfindet;

- Initiativen für eine engere internationale Zusammenarbeit im Tourismusbereich zu ergreifen;
- darauf hinzuwirken, dass die Tourismusstrukturen in Deutschland besser auf die Erfordernisse der Nachfragesituation zugeschnitten werden;
- im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie das Tourismusreferat personell deutlich zu stärken sowie den Tourismusbeirat zu einem Spitzengremium der deutschen Tourismusbranche weiterzuentwickeln;
- sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dafür einzusetzen, dass der Tourismus in Entwicklungsländern nachhaltig und langfristig in das vorhandene Wirtschaftssystem integriert und bei der Planung und Realisierung die Interessen der einheimischen Bevölkerung miteinbezogen werden;
- die Ergebnisse des TAB-Berichts stärker in die aktuelle Tourismuspolitik umzusetzen und zu prüfen, inwieweit zu gegebener Zeit ein weiterer TAB-Bericht zum Thema „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ angestrebt werden sollte.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** führte bei den Beratungen aus, dass sich der erste Teilbericht vor allem mit dem Reiseverhalten der Deutschen und dem Tourismus in Deutschland beschäftigt habe. Mit 8 Prozent Anteil am Bruttosozialprodukt sei der Tourismus in der Bundesrepublik Deutschland zu einem enormen Wirtschaftsfaktor geworden. Der Bericht habe ebenfalls Auskunft über die Umweltfolgen des Tourismus gegeben, aber auch Aufschluss über Motive, Einstellungen und Werte der Verbraucher. Im Abschlussbericht würden die Rahmenbedingungen und Trends fokussiert, die es momentan im Tourismus gebe. Der Tourismusbereich zeichne sich durch eine klare Wachstumsdynamik aus. Nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland gehe die Zahl der Reisen nach oben. Gleichzeitig habe sich in Deutschland die Angebotsstruktur verändert. Massive Konzentrationstendenzen, nicht zuletzt auf Grund der Globalisierung, seien nicht zu übersehen. Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts sei das Thema Tourismus und Umwelt, hier in erster Linie die Belastungen durch den Flugverkehr. Es bestehe grundsätzlich Einigkeit, dass eine der Grundlagen des Tourismus eine weitgehend intakte Natur sei. Daher sei in dem vorgelegten Entschließungsantrag auch die Einführung der einheitlichen Umweltschutzmarke für den Deutschlandtourismus „Vibono“ noch einmal herausgestellt. In diese Richtung zielen auch die Forderungen an die Bundesregierung bei der Stärkung des Deutschlandtourismus, insbesondere einen nachhaltigen Tourismus zu gestalten und zu sichern. Damit soll auch ein Gegengewicht zum verstärkten Trend nach Fernreisen gesetzt werden. Eine intakte Umwelt sei schließlich eine der Voraussetzungen für Qualitätstourismus, auf den Deutschland langfristig setzen müsse. Dabei spiele nicht nur die Qualität der Destination oder des konkreten Beherbergungsbe-

triebes, sondern auch die Qualifikation des Personals eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang sei die Förderung von Modellprojekten durch die Bundesregierung, zum Beispiel die Modellregion Ostbayern, zu erwähnen. Insgesamt sei der Antrag der Koalitionsfraktionen eine treffende Analyse des TAB-Berichts und ziehe die richtigen Schlussfolgerungen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Dem Verlangen nach einer Steigerung der Finanzmittel der DZT werde im nächsten Haushaltsjahr genüge getan. Ständig die Forderungen nach einer Abschaffung der Öko-Steuer oder einer Rücknahme des 630-DM-Gesetzes zu wiederholen, machten politisch keinen Sinn, da die den entsprechenden Gesetzen zugrunde liegenden Überlegungen nach wie vor gelten würden. Auch sei die Forderung nach einem Abbau der Überorganisation von Verbänden und Gremien der Tourismuswirtschaft unverständlich. Zum einen sei es nicht die Aufgabe der Bundesregierung, der Tourismuswirtschaft Vorschriften über ihre Verbandsstruktur zu machen, zum anderen wolle die Fraktion der CDU/CSU gleichzeitig den Tourismusbeirat zu einem Spitzengremium der deutschen Tourismusbranche weiterentwickeln, was allerdings gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Zahl der Gremien und Verbände sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, dass die beiden TAB-Berichte eine neutrale Informationsgrundlage seien. Man müsse sehen, dass Deutschland im Vergleich zur restlichen Welt in Zukunft Marktanteile im Tourismus verlieren werden. In diesem Zusammenhang sei es bedauerlich, dass die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft in Deutschland nicht verbessert würden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen beschäftige sich hauptsächlich mit ökologischen Gesichtspunkten des Tourismus. Dies könne allerdings nicht ausreichen. Man vermisste Aussagen zum Jahr der Berge und zum Jahr des Öko-Tourismus im nächsten Jahr. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sehe hier weitergehende Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Tourismuswirtschaft vor. Auch sei zu wünschen, früher in den Entscheidungsprozess auf EU-Ebene mit eingebunden zu werden. Man brauche höhere Finanzmittel für die DZT, unter anderem auch deswegen, um die Feriengebiete in den neuen Bundesländern besser vermarkten zu können. Der Vorschlag nach einem Abbau der Überorganisation zielen auf eine Verminderung der touristischen Destinationen in Deutschland. Der Deutschlandtourismus solle nicht nach Bundesländern oder Kreisen organisiert werden, sondern sich an geographischen Ferien-Destinationen orientieren. Bei einem solchen Neuzuschnitt der touristischen Landkarte könnten die derzeit rund 130 touristischen Gebiete auf ca. 50 reduziert werden. Entsprechende touristische Leitbilder ließen sich besser regional oder überregional vermarkten. Eine Vereinfachung der Organisationsstrukturen schaffe wertvolle Synergieeffekte.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass sich der zweite TAB-Bericht hauptsächlich mit ökologischen Fragestellungen beschäftige. Der Tourismus als integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik werde dagegen zu kurz behandelt. Auch Teile des Berichts, die eher am Rande lägen, wie z. B. der „kooperative Ansatz im Tourismus“ seien kritisch zu hinterfragen. Der kooperative Ansatz, also Nebenparlamente, wie die zahlreichen Runden Tische, bürden die Gefahr in sich, die Rechte des Parlamentes zu beschneiden. Politiker hätten ihre Aufgaben wahrzunehmen, Entscheidungen gehörten ins Parlament. Die im Tourismus tätigen Unternehmen hätten sich dem Wettbewerb zu stellen.

Der Antrag der Koalitionsfraktion lege fest, dass Ziel der Tourismuspolitik unter anderem der Erhalt der noch intakten natürlichen, baulichen und sozialen Umwelt sei. Diese Zielsetzung sei gefährlich, denn zunächst sei der Begriff zu unbestimmt. Auch könnten sich durch eine solch einseitige Zielsetzung zahlreiche Konflikte ergeben. Die Konsequenz könnte sein, dass die touristische Infrastruktur in Zukunft nicht mehr ausgebaut werde. Zu kritisieren sei auch die Vielzahl an Förderprogrammen. Die Tourismuspolitik müsse vielmehr Teil der Wirtschaftspolitik sein. Wenn die Menschen durch Inflation oder einen Rückgang des Wirtschaftswachstums weniger Geld in der Tasche hätten, würde dies dem Tourismus gewaltig schaden. Wichtiger als alle Förderprogramme sei eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei bezüglich des Wunsches nach Abschaffung der Überorganisation bei den Verbänden zu unbestimmt. Generell müsse darüber diskutiert werden, welche Aufgaben die EU auf dem Gebiet der Tourismuspolitik haben solle. Die Weiterentwicklung des Tourismusbeirates zu einem Spitzengremium sei abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** war der Ansicht, dass Entwicklung und Folgen des Tourismus in den beiden Berichten sehr gut dargestellt seien. Der Vorwurf der „Öko-Lastigkeit“ sei nicht nachzuvollziehen. Die Folgen des Tourismus seien vor allem im Umweltbereich, z. B. durch großen Verbrauch an Frischwasser, Mengen von Abwasser und Müll, die Zerstörung der Landschaft, speziell der Küstengebiete oder Gebirge, zu spüren. Die durch Tourismus verursachten Umweltschäden könnten soweit gehen, dass die betroffenen Regionen ihre Attraktivität als Reiseziel völlig verlieren. Im Interesse der Allgemeinheit und des Lebens müsse auf eine Expansion touristischer Angebote verzichtet werden, wenn der Druck auf die Natur zu stark werde.

Die im CDU/CSU-Antrag geplante Reduzierung der Verbände sei abzulehnen, da es nicht Sache des Staates sei, sich in das Verbandswesen der Wirtschaft einzumischen. Der im Antrag der Koalition verwendete Begriff „intakt“ sei nicht mit dem Begriff „Status Quo“ gleichzusetzen. Es handle sich um ein Bekenntnis zum nachhaltigen Tourismus.

Berlin, 27. Juni 2001

Birgit Roth (Speyer)
Berichterstatlerin